

# „Die Instrumente, die im Elysée-Vertrag vor 55 Jahren geschaffen wurden, sind auch heute ganz zentral“

» Der Politikwissenschaftler Andreas Marchetti fordert deshalb diese Instrumente für kommende Aufgaben auszustatten und weiter auszugestalten. Im Interview mit Ute Schaeffer spricht der Experte für Europapolitik und Geschäftsführer der *politglott GmbH* auch über die unterschiedlichen Erwartungen in Deutschland und Frankreich, was die Reform Europas angeht.

Sie sprechen von „Reformen im Galopp“, die der französische Präsident angeht. Was hat Macron bisher innenpolitisch geleistet?

Die ersten Resultate sind da – hier nur eine Zwischenbilanz: Wir haben eine relativ starke Arbeitsmarktreform, bei der es um die Vereinfachung unternehmerischer Tätigkeit geht, gleichzeitig aber eben auch um eine Verbesserung bzw. Reduzierung von prekären Beschäftigungsverhältnissen. Diese Maßnahmenpakete haben dazu geführt, dass das bisher sehr moderate französische Wachstum ein bisschen angestiegen ist. Die Arbeitslosenquote ist ein bisschen runtergegangen. Mal sehen, wie weit Macron mit den künftigen Reformen kommt: Jetzt muss er die Reform der großen französischen Staatsbahn SNCF angehen, die ja gemeinhin als unreformierbar gilt. Die Rentenreform, die er angekündigt hat, wird erst einmal gar nicht weiter verfolgt. Das heißt, es gibt diese „heiligen Kühe“, die Macron nicht so ohne weiteres antasten kann. Entscheidend wird sein, dass er sich für seine Politik irgendwann auch ein ordentliches Mandat holt, denn ein Großteil der Reformen erfolgt bisher über den Weg präsidialer Dekrete. Das geschah, weil er sich im Sommer 2017 nicht sicher sein konnte, dass seine parlamentarische Mehrheit mit diesen, größtenteils unerfahrenen Politikern tatsächlich auch hält, wenn der Druck auf der Straße groß wird. Aber irgendwann muss er dafür ein ordentliches Mandat holen. Das heißt: er muss sich demokratisch stärker absichern. Die nächste Wahl, die ansteht, ist die Europawahl im Frühjahr 2019. Deswegen muss Macron ja liefern. Er hat nicht so wahnsinnig viel Zeit. Die Bundesregierung hat da viel mehr Zeit.

Und mit Blick auf Europa und die deutsch-französische Zusammenarbeit: Welche Reformfelder sind Macron besonders wichtig?

Die Felder, die zu seinem großen Leitthema gehören: ein Europa, das schützt. „L'Europe qui protège.“ Mit dieser Idee ist aus französischer Perspektive der Aspekt der Sicherheit sehr stark verknüpft, weshalb außenpolitische Themen, sicherheitspolitische Themen, verteidigungspolitische Themen sehr

wichtig sind. Dazu gehört aber auch letztlich die Sicherung oder weitere Gewährleistung von Wohlstand. Das ganze ist eng verknüpft mit einem weiteren Strang in der Argumentation: der Idee eines Europas in Freiheit. Das heißt eben auch eines souveränen Europas. Macron nutzt diesen Souveränitätsbegriff oft. Er vertritt da eine klare Position: Wir als europäische Staaten müssen zusammen arbeiten um in dieser Welt, wo viele große und mächtige Akteure unterwegs sind, unabhängig bleiben zu können und unsere eigenen Lösungen zu finden.

Das klingt doch sehr überzeugend. Warum ist Deutschland nach verspäteter Regierungsbildung so zögerlich, sich auf diese Reformideen einzulassen?

Das lag einerseits an der späten Regierungsbildung. Andererseits liegt es an einer anderen Taktung des Europa-Dossiers in Paris und in Berlin. Das heißt, wir haben da auch eine gewisse Taktverschiebung. Macron prescht vor mit seinen Reformvorschlägen und Initiativen, überschlägt sich fast. Und Deutschland fährt stärker auf Sicht. Mir kommt da in diesem Vergleich immer der Vater des Konservatismus, Edmund Burke, in den Sinn, dessen zentrale Aussage ja war: „Erhalten und Verbessern.“ Das ist letztlich das Zeichen von Konservatismus: nicht einfach nur starr Dinge behalten, sondern das Ganze natürlich auch immer fortentwickeln. Und in der Konstellation, wie wir sie momentan haben, erscheint mir Macron deutlich auf der Verbesserungsseite und die deutsche Regierung viel stärker auf der Erhaltenseite.

Was die Realpolitik angeht: Ist es nicht so, dass Macron das Europathema sehr viel stärker innenpolitisch braucht und die Bundeskanzlerin es angesichts von europakritischen Stimmen aus den eigenen Reihen und denen der AfD gerade gar nicht gut gebrauchen kann?

Europa-Themen sind in der Tat nicht die zentrale Baustelle aus Sicht von Angela Merkel und der gesamten Bundesregierung. Bei Macron ist eine deutlich stärkere Wechselwirkung auch mit seinen innenpolitischen Reformen gegeben. Frankreichs Wohlstand hängt sehr stark davon ab, wie diese Europäische Union sich entwickelt. Und wenn er es nicht schafft, dieses Europa, gerade auch aus französischer Sicht, so aufzustellen, dass es diese Stärke hat, damit auch Frankreich davon profitiert, könnte das auch durchaus negative Auswirkungen auf seine Reformagenda im Innern haben.

In der deutsche Öffentlichkeit und politischen Meinungsbildung nehmen hingegen europakritische Stimmen zu. Europa bevormunde die Nationalstaaten, es sei ein europäischer Zentralstaat, nicht bürgernah, zu Lasten der Deutschen – so die Kritik nicht nur durch die größte Oppositionspartei im



© poliglott

*Dr. Andreas Marchetti*

Bundestag, die AfD. Ist diese weitverbreitete Skepsis der Grund, warum die Bundesregierung eher reaktiv und zögernd ist bei einer Reform Europas?

Ja, sie ist durchaus reaktiv, sie möchte sich jetzt nicht unter Druck setzen lassen. Da gibt es ja nicht nur Kritik von Seiten der Opposition, sondern auch innerhalb der Bundesregierung. Wenn man sich die Koalition anschaut, da gehen ja doch die europapolitischen Vorstellungen durchaus weit auseinander. Da gibt es auch intern keinen ganz klaren Konsens, in welche Richtung es gehen soll. Natürlich wird viel Europapolitik aus dem Kanzleramt betrieben. Aber nichts desto trotz muss Angela Merkel ihre Koalitionspartner, inklusive ihres bayerischen Koalitionspartners, berücksichtigen.

Ende Juni – so haben Macron und Merkel angekündigt – werde ein gemeinsamer Plan zur Reform der EU vorliegen. Welche Punkte müssten in dem Reformpapier denn dann auch mal im Klartext auftauchen?

Ich warne davor, zu hohe Erwartungen in ein solches Papier zu setzen. In der deutschen Diskussion gibt es relativ viele „rote Linien“, die dann auch die Reformvorschläge von Macron betreffen. Ich denke, dass man in diesen strittigen Punkten nicht direkt Einigkeit finden wird – z. B. was die Reform der Eurozone angeht, insbesondere die Frage eines Investitions-Budgets außerhalb des normalen Finanzrahmens für die Eurozone. Das wird in Deutschland als Weg in die sogenannte Transferunion gedeutet. Was entscheidender ist: Solche Initiativen haben immer auch eine hohe Symbolkraft. Das heißt, dass Deutschland und Frankreich sich zusammen finden, hier dann auch ein gemeinsames Papier verfassen, hinter dem sie stehen. Und das dann im Europäischen Rat zu präsentieren und entsprechend auch die anderen versuchen mitzunehmen, das ist bedeutsam genug. Unproblematisch – eher auf dem

Papier als dann tatsächlich in der operationellen Umsetzung –, ist der Bereich Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

**Inwieweit kann das Europa der zwei Geschwindigkeiten denn den Reformstau in Europa überwinden?**

Was das Europa der zwei Geschwindigkeiten angeht, bin ich mir nicht sicher, ob es nur um zwei oder tatsächlich um mehr Geschwindigkeiten geht. Wir kommen nicht umhin, die Fakten anzuerkennen, dass wir diese mehreren Geschwindigkeiten ohnehin schon haben in Europa. Es machen nicht alle beim Euro mit, es sind nicht alle im Schengenraum, es machen nicht alle bei der Verteidigungspolitik mit, es sind nicht alle bei der Grundrechtecharta mit dabei. Das heißt, wir haben diese Differenzierung schon. Wir haben uns das nur noch nicht klar eingestanden, dass es tatsächlich so ist. Dazu passt Macrons Idee der „Avantgarde-Gruppen“ – das sind Staaten, die einen politischen Willen teilen, in bestimmten Politikbereichen weiter zu kommen.

**Europa hat einiges zu bearbeiten, was sind denn Ihrer Meinung nach die Themen, wo Deutschland und Frankreich mehr Kraft entfalten müssten zum jetzigen Zeitpunkt?**

Letztlich ist das, was Europa zu leisten hat, das, was Macron in seine Idee des „Europe qui protège“ übersetzt hat: die Sicherung von Freiheit, Frieden und Wohlstand in Europa. Das sind die drei großen Ziele der europäischen Integration – übrigens von Anfang an. Natürlich übersetzt in die Realität der heutigen Zeit. Und das bedeutet für die Wohlstandssicherung in einer globalisierten Welt, die Stellung Europas als wichtiger Akteur, nicht nur was seine Position im Welthandel angeht, sondern auch seinen Einfluss auf die Art und Weise, wie Welthandel betrieben wird, zu bewahren. Das ist gar nicht so einfach, wie man sich das vorstellt, doch es ist entscheidend. Einige würden sagen, es ist ein Machtfaktor, andere würden sagen, es ist ein zivilisatorischer Faktor. Es geht um die Frage, unter welchen Bedingungen Produkte, die wir kaufen, tatsächlich produziert werden. Passen wir uns an die Standards anderer an oder können wir mit beeinflussen, welche Standards weltweit gelten? Eine andere große Gefahr sehe ich darin, dass von außen versucht wird, auf innenpolitische Prozesse in Europa Einfluss zu nehmen. Viele denken da an Russland, aber das ist nicht der einzige Akteur. Damit wird auf die freiheitliche Organisation unserer Demokratien und unserer Gesellschaft von außen Einfluss genommen.

Oder Sicherheit. So eine lange Friedensperiode – mehr als 70 Jahre – hatten wir noch nie. Das betrifft aber nur die Altmitglieder. Es gibt ganz viele, die auch frisch dabei sind, die noch vor gar nicht so langer Zeit Kriegserfahrungen gemacht haben. Und wenn wir an den Rändern Europas schauen, dann ist das alles andere als friedlich. Mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Europäische Union, Stichwort Flucht und Migration. Das sind alles Dinge, die Europa bearbeiten muss.

**Braucht es denn eigentlich einen novellierten Elysee-Vertrag?**

Ich glaube, das ist so ein bisschen Schaufensterpolitik. Das kann man machen, aber ich sehe nicht die massive Notwendigkeit. Die Instrumente, die im Elysee-Vertrag geschaffen wurden, sind auch heute ganz zentral, beispielsweise das Deutsch-Französische Jugendwerk. Teilweise sind sie aber erst sehr spät operationalisiert worden – ich denke da an den engen Austausch in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen, der erst in den achtziger Jahren eigentlich wirklich aktiviert wurde, obwohl er schon 1963 angelegt war. Solche Strukturen sollte man weiter stärken, die Mobilität zwischen den Ländern weiter ausbauen. Das ist aber weniger eine Frage des Vertrags als eine Frage der finanziellen Ausstattung von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr.